

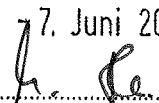
DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Juni 2021



Nuha Sharif-All



Fulda, 07.06.2021

Antrag zur unmittelbaren Beschlussfassung SVV 05.07.2021

N*Wort ächten

Beschlussvorschlag

1. Die Stadt Fulda setzt die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft um und erkennt insbesondere an, dass die Verwendung des N*Wortes rassistisch ist.
2. Die Stadt Fulda setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N*Wortes vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Fulda zu ermöglichen.

Begründung

Das N*Wort wird von vielen schwarzen Menschen und PoC mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden. Mit dem N*Wort ist eine Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden. Diese Stereotypen umfassen Sexualrepression, wie Triebhaftigkeit und Naturhaftigkeit, Kulturlosigkeit, Viktimisierung, Infantilisierung sowie Entfremdung (Othering) und führen zu Ohnmachtserfahrungen und psychischen Folgen. Als europäisches Konstrukt der Kolonialzeit, wurde es verwendet um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen. Diese Erfahrungen sind auch weiterhin im Bewusstsein verankert. Auch wenn in der jüngeren Zeit vermehrt das N*Wort in satirischen oder komödiantischen Kontexten auftaucht, darf dies nicht über die Verletzungen hinwegtäuschen, die damit einhergehen.

Am 17.03.2020 hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz einen Bericht vorgelegt, in dem u. a. eine intensivere Prävention und Bekämpfung von Rassismus gefordert wurde. Wo Rassismus hinführen kann, bekommt die Welt nach der Ermordung des Amerikaners George Floyd einmal mehr drastisch vor Augen geführt.

In der Beschreibung des Förderprogramms „Demokratie leben!“ – hieraus wird die seit 2019 bestehende „Partnerschaft für Demokratie“ der Stadt Fulda gefördert – heißt es u. a.: „In Partnerschaften für Demokratie entwickeln Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland lokale Handlungsstrategien, um Demokratie und Vielfalt zu stärken und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten.“ Zudem soll auf Anti-Schwarzen Rassismus in Deutschland aufmerksam gemacht, darüber aufgeklärt und diesem entgegengewirkt werden,

Seit 2015 haben die Vereinten Nationen die Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Damit erkennt die internationale Gemeinschaft an, dass Menschen afrikanischer Herkunft eine eigenständige Gruppe darstellen, deren Menschenrechte gefördert und geschützt werden müssen. Insbesondere Menschen, die außerhalb von Afrika leben, sollen in dieser Dekade in den Vordergrund gestellt werden.

Ziele der UN-Dekade sind

- die Förderung der Achtung, des Schutzes und der Einhaltung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- die Förderung einer besseren Kenntnis und Achtung des vielfältigen Erbes, der Kultur und des Beitrags von Menschen afrikanischer Herkunft zu Entwicklung von Gesellschaften,
- der Schutz vor Rassismus und Diskriminierung.

Bis 2024 sollen sich alle Staaten diesen Zielen verschreiben.

Wie weit auch Fulda von diesen Zielen entfernt ist, zeigen Diskussionen über koloniale Klischees und rassistische Stereotype – besonders deutlich wird dies an den Reaktionen zu der Kritik an dem rassistischen Blackfacing und den kolonialen Bildwelten, die der 1938 gegründete Karnevalsverein Südend Fulda e. V. verbreitet.

Aktuell wird seit dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern vom 19.12.2019 zur Nutzung des N*Wortes in einer wachsenden Anzahl deutscher Städte dessen Ächtung diskutiert. Beschlossen wurde die Ächtung bereits in Köln (14.05.2020), Bocholt (16.09.2020), Heidelberg (12.11.2020) und Kassel (01.02.2021).

Nuha Sharif-Ali



Dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI wird unterstützt von:

- Diasporas Voice Fulda
- Seebrücke Fulda
- Fridays for Future Fulda
- Linksjugend Fulda
- Grüne Jugend Fulda

Anmerkungen

Mit N*Wort wird der rassistische Begriff ‚Neger‘ umschrieben.

Gerichtsurteil Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern 19.12.2019:

<https://www.mv-justiz.de/static/MVJ/Gerichte/Landesverfassungsgericht/Entscheidungen/2019/1%20-%2019%20Urteil%2019.12.2019%20anonym.pdf>

Demokratie leben!:

<https://www.demokratie-leben.de/>

<https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/kompetenzzentren-und-netzwerke/kompetenzzentrum-rassismus-gegen-schwarze-menschen>

<https://www.fulda.de/unsere-stadt/demokratiefoerderung/projekte.html>

International Decade for People of African Descent:

<https://undocs.org/en/A/RES/69/16>

<https://en.unesco.org/internationaldecadeforpeopleofafricandescent>

<https://www.un.org/en/observances/decade-people-african-descent>

<https://www.unesco.de/kultur-und-natur/kulturelle-vielfalt/kulturelle-vielfalt-weltweit/un-dekade-gegen-rassismus-und>

Änderungsantrag der „AfD / Bündnis-C“ Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 1. Juni 2021



20a

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

13.06.2021

Zum Antrag zu unzm. Behandlung „N*Wort ächten“ der Fraktion „Die Linke.Die Partei“

Änderungsantrag Nr. 1

Antragssteller: „AfD / Bündnis-C“

Bisher

1. Die Stadt Fulda setzt die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft um und erkennt insbesondere an, dass die Verwendung des N*Wortes rassistisch ist.

Neu

1. Die Stadt Fulda wird die Ergebnisse der Koordinierungsstelle UN-Dekade Menschen afrikanischer Herkunft (gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) (siehe Bundeskabinettsbeschluss vom 25.11.20, verfolgen und die notwendigen Konsequenzen im Anschluss daran debattieren.

Änderungsantrag Nr. 2

Antragssteller: „AfD / Bündnis-C“

Bisher

2. Die Stadt Fulda setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N+Wortes vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Fulda zu ermöglichen.

Neu

2. Die Stadt Fulda steht selbstverständlich für ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Fulda.

Mit freundlichen Grüßen

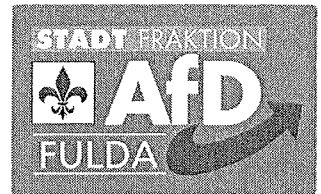
Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 21. Juni 2021

[Handwritten signature]

21

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Artur Gilbert (Stadtverordneter)

artur.gilbert.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.06.2021

Cybersicherheit von kritischer Infrastruktur sicherstellen // Beschlussvorlage

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

- mit Hinweis auf die Hacker-Angriffe auf städtische Schulserver im Januar 2021
- mit Hinweis auf die kürzlich vollzogenen Angriffe auf die IT-Infrastruktur der tegut... gute Lebensmittel GmbH & Co. KG und der im Darknet verbreiteten Firmendaten derselben
- mit Hinweis auf die kürzlich vollzogenen Angriffe auf die IT-Infrastruktur der EDAG Production Solutions GmbH & Co. KG
- unter Bezug auf die Entschließung des EU-Parlaments vom 02. Juni 2021 zu der „Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade“ (2021/2568(RSP)), insbesondere unter Bezug auf die Punkte 14, 15, 16, 17, 20.

1. die Prüfung und Ertüchtigung der IT-Infrastruktur der Stadt Fulda in Bezug auf die Behebung möglicher Schwachstellen.
2. die Durchführung einer Schulung der in der öffentlichen Verwaltung tätigen Angestellten der Stadt Fulda, sowie die Schaffung eines Angebotes für hiesige Unternehmen, um „das Bewusstsein für die Cybersicherheit zu schärfen“, wie im oben genannten Entschließungsantrag des EU-Parlaments angedacht
3. die Erstellung eines Fahrplans zur Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade

Begründung:

Im vergangenen halben Jahr wurde die Stadt Fulda bzgl. der in der Stadt Fulda angesiedelten Unternehmen vermehrt Opfer von Cyberangriffen, deren Auswirkungen insbesondere im Falle von tegut... gute Lebensmittel und EDAG fatale Auswirkungen auf ihre Betriebsfähigkeit hatten.

Um den Schutz der städtischen IT-Infrastruktur sicherzustellen ist eine Prüfung und Ertüchtigung derselben sowie eine Schulung der Angestellten mit dem Zwecke der Sensibilisierung für die Gefahren durch Angreifer notwendig.

Die Stadt Fulda kann nach den anfangs genannten Angriffen nicht erst auf eine Richtlinie von zu diesem Zwecke freigegebenen Bundesmitteln warten, sondern muss sich, soweit möglich, selbst um die Gewährleistung der Sicherheit, der von ihr betriebenen IT-Infrastruktur kümmern.

Die Übergangszeit, in welcher der Bund noch keinen Fahrplan für die Umsetzung dieses Entschließungsantrags erstellt hat, sollte von der Stadt Fulda daher vorbeugend selbstverantwortlich genutzt werden.

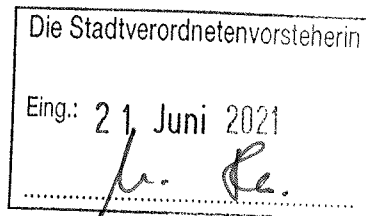
Mit freundlichen Grüßen


Artur Gilbert
- Stadtverordneter -


Pierre Larnely
- Fraktionsvorsitzender -

Antrag

der „AfD / Bündnis C“ - Fraktion



AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frank Schüssler
(stellv. Fraktionsvorsitzender)

frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.06.2021

Kommunale Haushaltslage im Zuge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise (Beschlussvorschlag)

Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,

vor dem Hintergrund der im Zuge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen und einer erwartbar daraus folgenden erheblichen Schwächung des Kommunalhaushaltes:

- 1) *Es wird eine unabhängige Prüfungsgruppe einberufen, welche zeitnah Sparpotentiale im Fuldaer Kommunalhaushalt ermittelt.*
- 2) *Die dort gewonnenen Ergebnisse und daraus resultierende Empfehlungen werden anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Behandlung vorgetragen.*

Begründung:

In Folge der Corona-Zwangmaßnahmenkrise sind erhebliche Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer zu verkräften. Die wiederholte Stilllegung des öffentlichen Lebens führt zwangsläufig zu deutlichen Umsatzeinbrüchen bei Handel und Gewerbe. Die dort nicht realisierten Umsätze führen wiederum zu ausbleibenden Steuerzahlungen. Der Pegelstand in der Stadtkasse sinkt.

Angesichts wegbrechender Einnahmen sowie steigender Ausgaben, insbesondere für den Gesundheitsbereich und den Infektionsschutz, droht laut Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände für 2021 eine Finanzierungslücke von rund 10 Milliarden Euro. Nach Analysen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes können sich die Steuermindereinnahmen bis 2024 gar auf rund 50 Milliarden Euro summieren.

Im vergangenen Jahr hatten Bund und Länder die Kommunen deshalb bereits mit milliardenschweren Zuwendungen gestützt. Diese Hilfen sind zwischenzeitlich ausgelaufen, eine Verlängerung ist derzeit nicht in Sicht. Selbst wenn diese Ausgleichszahlungen doch noch eine Laufzeitverlängerung erführen, handelt es sich bei den zur Verfügung gestellten Mitteln nach wie vor um Gelder, welche letztlich doch wieder nur den Steuerzahler weiter belasten. Im Endeffekt käme hierbei lediglich das Prinzip „linke Tasche – rechte Tasche“ zur Anwendung. Alleine hieraus ergibt sich bereits ein Gebot zur Sparsamkeit.

Zusätzlich gilt es aber auch zu Berücksichtigen, daß es den über Jahrzehnte angewachsenen Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur weiter aufzulösen gilt. Die Städte und Gemeinden stemmen hierbei den Großteil der öffentlichen Investitionen. Ihre Aufträge sind gerade auch als

Impulsgeber für die heimische Wirtschaft wichtig. Zudem kommen Investitionen in die städtische Infrastruktur letztlich dem Fuldaer Gemeinwesen und damit jedem Bürger zugute.

Vor dem Hintergrund aktueller und zukünftiger erheblicher Mindereinnahmen im städtischen Haushalt sowie der gleichzeitigen Notwendigkeit weiter in Sanierung bzw. Neubau städtischer Infrastruktur zu investieren, ist eine Überprüfung und Infragestellung aller Ausgabepositionen das Gebot der Stunde. Alle nach diesen Gesichtspunkten derzeit nicht relevanten Ausgaben sind daher zu stoppen und entweder ganz zu streichen oder auf Wiedervorlage in wirtschaftlich bessere Zeiten zu verschieben.

Dies ist schmerzlich, doch unter dem Eindruck einer völlig veränderten Finanzlage führt kein Weg an Ausgabenkürzungen vorbei.

Mit freundlichen Grüßen



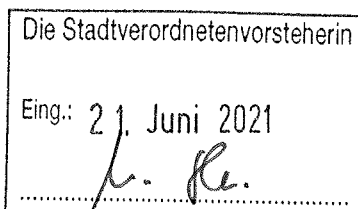
Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -



Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Antrag

der AfD/Bündnis C-Fraktion



AfD/Bündnis C – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

23

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name
0176 47 57 95 80

Datum
13.06.2021

Keine Diskriminierung durch „Digitales COVID-Zertifikat“ // Beschlussvorschlag

Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- *unter Bezug auf die Entschließung des EU-Parlaments vom 09. Juni 2021 über den „Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von Impfungen, Tests und der Genesung mit der Zielsetzung der Erleichterung der Freizügigkeit während der COVID-19 Pandemie (digitales grünes Zertifikat) (COM(2021)0130 – C9-0104/2021 – 2021/0068(COD))“*
- 1. *Es erfolgt keine Zutrittsbeschränkung zu den Einrichtungen der Stadt Fulda wie Bürgerbüros, Museen, Bürgerhäuser usw. für Bürger, die nicht über das sog. „Digitale COVID-Zertifikat“ verfügen.*
- 2. *Es erfolgt außerdem keine Bevorzugung von Personen, die ein sog. „Digitales Covid-Zertifikat“ besitzen.*

Begründung:

Mit dem sog. „Digitalen Covid-Zertifikat“ beabsichtigt das EU-Parlament nach der entsprechenden Aussprache in Straßburg eine Harmonisierung angeblich – je nach Ausstellungsland – unterschiedlicher Impfnachweise.

Dabei lässt diese Erwägung außen vor, dass es mit dem „gelben Impfpass“ der WHO bereits ein weltweit anerkanntes und seit Jahrzehnten bewährtes Impfbuch gibt.

Ein „Digitales Covid-Zertifikat“ zielt daher vor allem auf eine stärkere Datenerhebung von staatlicher Seite und umfangreicherer Kontrollmöglichkeit der Bürger ab. So kann über ein ähnlich funktionierendes Konzept in der kommunistischen Volksrepublik China Bürgern der Zutritt zu Supermärkten, Stadtvierteln usw. je nach Impfstatus eingeschränkt und untersagt werden.

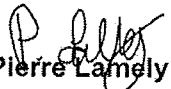
Menschen, die mit der Technik eines Smartphone überfordert sind, bleiben bei diesem Konzept außerdem komplett außen vor und werden diskriminiert.

Eine Zweiklassen-Gesellschaft, unterteilt nach Besitzern eines sog. „Digitalen COVID-Zertifikats“ und Bürger ohne ein solches, ist abzulehnen.

Da die Entschließung des EU-Parlaments ohnehin nur eine Gültigkeit eines solches Zertifikats bis zum Juli 2022 vorsieht, scheint die Einführung entsprechender Kontrollsysteme in Relation zur Zeitspanne, in dem dieses Zertifikat überhaupt Gültigkeit aufweist, vollkommen unverhältnismäßig und praxisfern.

Zu Einrichtungen, für welche die Stadt Fulda Verantwortung ausüben kann, wie Stadtschloss, Bürgerbüro, Museen und Bürgerhäuser, soll der Zutritt deshalb nicht von der Präsentation eines sog. „Digitalen Covid-Zertifikats“ abhängig gemacht werden.

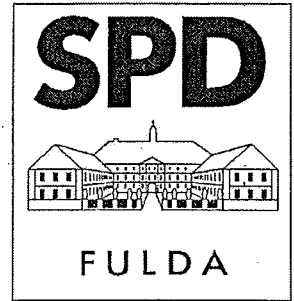
Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -



Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22. Juni 2021
J. W.

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartman
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 21.06.2021

24

ANTRAG

Der Klimaschutz gehört zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Auch die Kommunen haben hierbei ihren Beitrag zu leisten. Die SPD-Fraktion beantragt daher:

1. Bei der Stadt Fulda soll ein Klimaschutzbeirat als unabhängiges Sachverständigen-gremium eingerichtet werden. Er soll die Umsetzung des Integrierten Klimaschutz-konzeptes sowie des Masterplans „Green-City“ begleiten und die Verwaltung sowie Entscheidungsträger in allen grundsätzlichen Fragen beraten, die für den Klima-schutz von Bedeutung sind, soweit es sich hierbei um Selbstverwaltungsangelegen-heiten handelt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den Klimaschutzbeirat zu entwerfen. Aus dieser Geschäftsordnung soll sich ergeben, welche Institutionen in dem Beirat vertreten sein sollen.
3. Zur Unterstützung der Arbeit des Klimaschutzbeirats wird eine Geschäftsstelle beim Umweltamt eingerichtet.


Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Jonathan Wulff



Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22 Juni 2021
[Handwritten signature]

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
21.06.2021

25

A N T R A G

Die SPD-Fraktion beantragt,

im Stadtgebiet Fuldas weitere Spender für Hundetüten sowie entsprechende Entsorgungsbehältnisse aufzustellen.

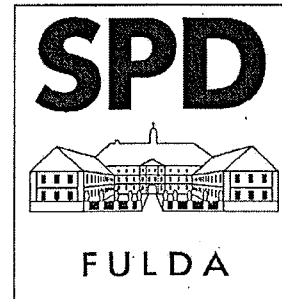
Begründung:

Die Verschmutzung durch Hundekot ist ein Ärgernis, das egedämmt werden muss. Dazu ist die Anzahl der Hundetütenspender mit entsprechenden Entsorgungsmöglichkeiten im Stadtgebiet und in Naherholungsbereichen (z.B. Schulzenberg) zu erhöhen.

[Handwritten signature]
Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter
H.-J. Tritschler

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22. Juni 2021
H. Re.



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 FULDA

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
21.06.2021

26

ANTRAG

Die SPD-Fraktion beantragt,

im Bereich des Gemüsemarktes Fahrradabstellmöglichkeiten einzurichten.

Begründung:

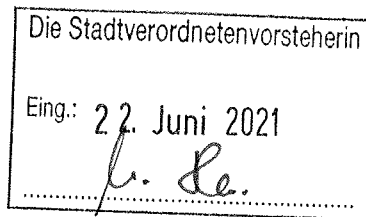
Die Anzahl von Radfahrenden hat sich in den letzten Monaten erheblich erhöht. An den Markttagen ist zu beobachten, dass immer mehr Einkäufe mit dem Fahrrad erledigt werden. Allerdings sind kaum Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden.

Jonathan Wulff
Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
H.-J. Tritschler

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 03.05.2021

36037 Fulda

Antrag

Tempo 30 im gesamten Streckenverlauf der Bronnzeller Straße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Ausweisung der Bronnzeller Straße im Stadtteil Bronnzell als Tempo 30-Zone.

Begründung:

Die Bronnzeller Straße führt direkt durch den Ortskern von Bronnzell und ist, insbesondere im morgendlichen Berufs- und Schulverkehr, hochfrequentiert. Da der Streckenverlauf parallel zur B27 liegt, wird die Bronnzeller Straße bei stockendem Verkehr, Stau und Sperrungen auf der Bundesstraße, häufig als Ausweichstrecke genutzt, was die Verkehrslast regelmäßig weiter erhöht.

Die meisten Bronnzeller Schüler*innen sind gezwungen die Bronnzeller Straße, auf dem Weg zur Schule oder zum Bus, zu nutzen.

Tempo 30 sehen wir als wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf dem Weg zur Schule, zum Kindergarten, zur Arbeit und zurück, insbesondere in den Stoßzeiten, wenn die Verkehrslage, durch die hohe Frequentierung der Bronnzeller Straße, mit LKWs und PKWs, besonders unübersichtlich ist. Außerdem ist Tempo 30 ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Lärmbelastung, von der Bronnzell, eingezwängt durch die B27 auf der einen und der Bahntrasse auf der anderen Ortsseite, ohnehin besonders hoch betroffen ist.

Marie-Louise Puls


i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22. Juni 2021


Fulda, 21.06.2021

28

Antrag

Kostenfreiheit für Menstruationsartikel in weiterführenden Schulen der Stadt Fulda

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt kostenlose Menstruationsartikel für Schülerinnen an allen weiterführenden Schulen der Stadt Fulda. Wir unterstützen mit unserem Antrag die berechtigte Forderung der Stadtschülervertretung nach kostenfreien Menstruationsartikeln (Binden und Tampons).

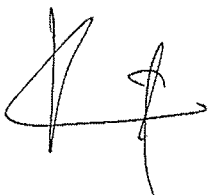
Begründung:

Menstruationsartikel sind, wie auch Toilettenpapier, Bedarfsartikel, keine Luxusartikel. Die Menstruation sollte kein Mädchen und keine junge Frau davon abhalten, an ihren Lernort zu kommen – egal ob aus Scham oder der so genannten „Perioden-Armut“.

Zunächst war es eine Schülerinnen-Initiative in Wiesbaden, die vormachte, dass und wie die Ausstattung mit Menstruations- und Hygieneartikeln auf den sanitären Anlagen in Schulen funktioniert. Im Februar 2021 hat die Stadt Wiesbaden beschlossen, hierfür die Kosten zu übernehmen. Es gibt viele gute Gründe, dies auch an Fuldaer Schulen einzuführen. Die Maßnahme

- unterstützt gerade junge Frauen und Mädchen aus einkommensschwächeren Familien – für Hygieneprodukte und Schmerzmitteln muss ein weibliches Wesen jährlich bis zu 500 EUR ausgeben,
- hilft beim natürlichen Umgang mit Menstruationsartikeln und den Körperfunktionen und baut damit auch falsche Scham ab.,
- untermauert das berechtigte Anliegen von Frauen und Mädchen, die monatliche Periode nicht länger als Tabuthema zu behandeln.

Marie-Louise Puls



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22. Juni 2021
M. Hartmann

Antrag I

(BfO Lfd. Nr. 12/2021)

Fulda, 22.06.2021

29

Maskentragen (Corona) in den Schulen


Sachverhalt:

In den Schulen besteht der unhaltbare Zustand, dass die Schüler bei sommerlichen Temperaturen und in Innenräumen den mehrstündigen Unterricht **trotz vernachlässigbarer Inzidenzwerte** immer noch mit Mundnasenschutz (Maske) bewältigen müssen. Gerade der kindlich/jugendliche Organismus braucht **dringend ausreichende Sauerstoffmengen**, die Masken verleiten aber zu flacher Atmung was **Folgeschäden an Organsystemen** wahrscheinlich werden lässt.

Die **schwerwiegenden psychosozialen Auswirkungen** kann man als Laie nur erahnen, vor allem, wenn ein Bericht der Fuldaer Zeitung vom 20.06.2021 von etwa **70% mehr Anfragen bei Psychotherapeuten** berichtet. Dies legt zudem eine **weitere hohe Dunkelziffer an Leid** von Kindern und Jugendlichen durch mittlerweile offensichtlich unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen nahe, wodurch der Straftatbestand der **Mißhandlung von Schutzbefohlenen** nach § 225 StGB als vollendet angenommen werden kann (der Versuch ist strafbar).

Antragstellung:

1. Schulverwaltung, Schulträger und Schulleiter sollen angewiesen werden, die Aufforderung zum Maskentragen sofort (d.h. umgehend und noch vor den Sommerferien) zu beenden.
2. Es soll jedoch weiterhin jedem Schüler freigestellt sein, die Maske so zu verwenden, wie er es möchte. Es soll kein Zwang ausgeübt werden (Maskenverbot), damit verängstigte bzw. traumatisierte Schülerinnen und Schüler sich nicht ggf. schutzlos fühlen müssen, nachdem ihnen ein Jahr lang mit Ermahnungen psychologisch zugesetzt wurde.



Hochachtungsvoll
Stv. Jürgen R. Schmidt